

Die städtische Verwaltung Dorpat's im Quadriennium 1902—1906.

Wir stehen vor einer Wende in unserem städtischen Leben. Ein Quadriennium städtischer Verwaltung ist dahingegangen und wir schauen nun zurück auf das in den letzten vier Jahren Durchlebte und Geschaffene. Es ist so Manches, was an positiven Leistungen aus dem verfloffenen Quadriennium in die städtische Chronik einzutragen ist, und so mag denn an der Hand zuverlässigen Materials eine Rekapitulation der wesentlichsten Früchte der städtischen Verwaltung während dieser vier Jahre hier gegeben sein.

*

Als nächste große Aufgabe stellte sich der Stadtverwaltung im Jahre 1902 die Beendigung der im abgelaufenen Quadriennium in Angriff genommenen Schlachthaus-Angelegenheit dar. Im Sommer 1902 ward die Allerhöchste Genehmigung zur Kontrahierung einer Obligationenschuld im Betrage von 190,000 Rbl. exportiert, im Herbst erfolgten die ministerielle Bestätigung der Be-

dingungen, unter denen die Obligationen ausgegeben werden sollten, und die Vergebung des Schlachthausbaues an einen Unternehmer. Im Spätherbst bereits wurde zur Ausgrabung der Fundamente und zur Mauerung derselben geschritten und vom April 1903 an der Bau sowie die maschinelle und die innere Einrichtung sämtlicher Baulichkeiten so schnell ausgeführt, daß bereits im Dezember 1903 der Betrieb im Schlachthause beginnen konnte. Im Herbst desselben Jahres waren auch die Ortsstatute über den Viehhandel, das Schlachten von Vieh, die Benutzung der Einrichtungen des Schlachthofs und den Fleischtransport ausgearbeitet und von der Obrigkeit bestätigt worden.

Diese Anlage ist wiederholt von angereiften Sachverständigen besichtigt und sie sowohl, wie der Betrieb in ihr sehr günstig begutachtet worden. Sie hat sich trotz der schwierigen Zeitverhältnisse als rentabel erwiesen und ist in sanitärer Hinsicht von so großem Wert, daß sie als ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege, Dorpat zu einer Kulturstadt zu machen, bezeichnet werden darf.

In den Beginn der Tätigkeit der neuen Stadtverwaltung fiel auch der Antrag des Gouverneurs betreffs einer bedeutenden Vermehrung der Zahl der Schutzleute der Stadtpolizeiverwaltung. Dank den Vorstellungen des Stadtamts wurde die Gage-

rung der 32 neu angestellten Schutzleute vom Staate übernommen, so daß der Stadtkasse nur die Ausfolgung der Quartiergelder und die Ausrüstung der Schutzleute zur Last gelegt worden ist.

Die Verwaltung des Gaswerks hat im verfloffenen Quadriennium fortschreitend erfreuliche Resultate aufgewiesen. Die Stellung des Direktors konnte von der des Stadt-ingenieuren getrennt und für den ersteren Posten eine fachmännische Kraft erworben werden. Die jährlichen Reingewinne machten es möglich, zum Behuf der Erweiterung des zu klein gewordenen Terrains des Werks drei anstoßende große Plätze nebst den auf ihnen befindlichen Gebäuden anzukaufen, das Retortengebäude um das Doppelte zu vergrößern, die Zahl der Retorten von 14 auf 23 zu vermehren, neue Apparate zu erwerben, die alten Defen zum Teil durch solche neuen Systems zu ersetzen, den Beamtenetat zu vergrößern und die Gagen sämtlicher Angestellten zu erhöhen. Das Betriebsjahr 1904/05 hat mit einem Reingewinn von 10,090 Rbl. abgeschlossen, der zur weiteren Ausgestaltung des Werks bestimmt worden ist.

Beim Bau der von Dorpat nach Riga fahrenden Eisenbahn war von der Bahnverwaltung die Rigasche Poststraße unter der Eisenbahnbrücke künstlich vertieft und zur Ableitung des sich unterhalb der Brücke sam-

melnden Schnee- und Regenwassers ein Graben längs der Kastanienallee zur Werroschen Straße gezogen worden, der sich aber als völlig ungeeignet erwiesen hatte, da er bergauf zu einem höher gelegenen Terrain führte. Die Folge davon war, daß alljährlich im Frühjahr bei der Schneeschmelze plötzliche Ueberschwemmungen nicht bloß der Werroschen Poststraße, sondern auch des Ausläufers der Rigaschen Straße innerhalb der Stadt eintraten, die den Verkehr behinderten und den Anwohnern durch das Eindringen von Wasser in die Kellerräume ernstlichen Schaden zufügten. Im Sommer 1903 wurde dieser Kalamität abgeholfen durch die Anlage einer Kanalisation mit Zementröhren von so bedeutender Durchlaßfähigkeit, daß jetzt große Wassermengen in kürzester Frist unterirdisch vom Ausgang der Rigaschen Straße, durch einen Teil derselben und der Philosophen-Straße, dann weiter durch mehrere private Grundstücke und unter der Werroschen Straße hindurch dem natürlichen Abfluß zum Embach zugeführt werden. Durch diese größere Anlage ist der erwähnte Mißstand völlig beseitigt worden.

Auf dem Gebiet des Schulwesens sind die Eröffnung zweier neuer Elementarschulen für Kinder beiderlei Geschlechts, die Ermäßigung des Schulgeldes in den städtischen Schulen und in den Schulen des Hilfsvereins, die Anweisung von Mitteln zum gesonderten Reli-

gionsunterricht für deutsche und estnische Kinder, sowie zum fakultativen Unterricht in der deutschen Sprache und schließlich auch zur Eröffnung einer besonderen Klasse für Knaben im Alter von 13—15 Jahren, die sich dem Handwerksstande zuwenden wollen, hervorzuheben. Auch der Lehrplan für diese Spezialklasse ist seit geraumer Zeit ausgearbeitet worden; die Eröffnung der Klasse hat bisher jedoch infolge bürokratischer Schwierigkeiten immer noch nicht erfolgen können.

Einmalige Unterstüzungen sind der S. Treffnerschen Schule und der staatlichen Stadtschule, letzterer zur Einführung des Unterrichts in der Buchführung, gewährt worden. Die Ausgaben aus der Stadtkasse für Bildungszwecke sind im abgelaufenen Quadriennium von 7583 Rbl. 50 Kop. nach dem Budget vom Jahr 1902 auf 14867 Rbl. 50 Kop. gemäß dem Budget von 1906 gestiegen. Diese Verdoppelung der Ausgaben ist ausschließlich im Interesse des ärmeren, d. h. estnischen Teiles der Bevölkerung erfolgt. Unabhängig von diesen Aufwendungen gehen jährlich durch die Stadtkasse 7000 Rbl. als Teil des Reingewinns der Dorpater Bank, bestimmt zum Unterhalt der Realschule. — Der Graßschen Mädchenschule ist ein städtisches Haus zu unentgeltlicher Benutzung nach wie vor überwiesen worden.

Für das Jahr 1906 hat die Stadtwal-

tung schließlich einen Kredit von 500 Rbl. zum Unterhalt eines estnischen Kindergartens eröffnet und die Eröffnung einer Volkshalle angeordnet. Das Lokal für dieselbe ist auch bereits gemietet und das Statut zur Bestätigung im Dezember 1905 eingereicht worden. Da die Bestätigung des Statuts noch nicht erfolgt ist, hat die Eröffnung bisher auch nicht stattfinden können.

Im Interesse der Förderung des musikalischen Lebens in der Stadt hat die Stadtverwaltung zum Besuche der Erhaltung der Stadtkapelle die dieser gewährte Subsidie von 200 auf 400 Rbl. jährlich erhöht.

Auf dem Gebiete des Sanitätswesens ist die Einrichtung eines bei der Polizeiverwaltung bestehenden Sanitätsbureaus und die Kröierung eines ständigen Gliedes desselben in der Person eines ausschließlich den Aufgaben des Bureaus sich widmenden Pfistawgehilfen zu vermerken. — Für die an der Allee-Straße belegene Abteilung des Stadthospitals ist der Posten einer barmherzigen Schwester neu geschaffen, im Stadthospital selbst ein zweites Operationszimmer eingerichtet und schließlich ein Platz zur Erbauung eines Hospitals für Infektionskrankheiten angekauft und umzäunt worden. — Auch der Plan für ein derartiges Hospital ist bereits angefertigt worden, doch hat der

Bau selbst hinausgeschoben werden müssen bis zur Kontrahierung einer Gesamtanleihe für die Ausführung einiger weiterer projek-
tierter Baulichkeiten. Zu den letzteren ist in erster Linie der Anbau eines Auditoriums und Laboratoriums an das Hauptgebäude des Stadthospitals zu zählen, mit welchem auch die Vornahme baulicher Veränderungen im Hauptgebäude in Aussicht genommen ist. Im Herbst des Jahres 1905 waren nämlich endlich die langjährigen Bemühungen der Stadtverwaltung betreffs Erlangung des Eigentumsrechts an den Gebäuden und Plätzen des einstigen Bezirkshospitals von dem Erfolge gekrönt worden, daß Allerhöchst der Uebergang dieser Immobilien in das Eigentum der Stadt, bei der Bedingung der Ausführung des erwähnten Anbaus für das Laboratorium und Auditorium genehmigt worden war. Da die Stadtverwaltung aber ihrerseits die Uebernahme des Eigentums an die Bedingung geknüpft hatte, daß die von ihr und der Universität in langen Verhandlungen vereinbarten Regeln über die Benutzung des Krankenmaterials im Hospital zu Lehrzwecken zuvor bestätigt würden, und diese Bestätigung noch nicht erfolgt ist, hat die formelle Uebertragung des Eigentumsrechts am Hospital auf die Stadt noch nicht ausgeführt werden können. — Die drohende Cholera-Gefahr hat im Jahre 1905 das

Stadtamt eine Reihe vorbereitender Maßnahmen, darunter die Anmietung eines Hauses zur eventuellen Einrichtung eines Cholera-Hospitals, treffen lassen.

Zur Bekämpfung einer in demselben Jahre aufgetretenen Epizootie — der Brustseuche der Pferde, — sind gemäß den Hinweisen des städtischen Tierarztes Desinfektionen in mehreren privaten Stallungen vorgenommen und ein temporärer Krankenstall eingerichtet worden. — Als Maßnahme auf dem Gebiet des Sanitätswesens ist auch die Edition eines Ortsstatuts anzusehen, welches den Transport von Leichen in nicht dazu ausschließlich bestimmten Fuhrwerken verbietet.

Die Vernichtung des Steigerturmes am sog. Spritzenhause durch einen Brandschaden hat die Ausarbeitung eines Planes für den Umbau dieses Hauses zur Folge gehabt, bei welchem den wachsenden Bedürfnissen der Freiwilligen Feuerwehr nach neuen Räumlichkeiten Rechnung getragen ist. Die Ausführung dieses Baues wird von der Stadtverwaltung wohl erst in Angriff genommen werden können, wenn die Deckung der Kosten desselben wie auch der projektierten Hospital-Baulichkeiten durch eine Anleihe ermöglicht ist.

Während im vorhergehenden Quadriennium die Zahlungen der Stadtkasse zum Unterhalt

der Freiwilligen Feuerwehr meist ca. 3500 Rbl. im Jahr betragen hatten, haben sie in den Jahren 1902—1906 entsprechend den gestiegenen Bedürfnissen dieser ebenso schätzenswerten wie unentbehrlichen Einrichtung in der Regel die Summe von ca. 5000 Rbl. erreicht.

Die erhöhten Ausgaben für das Bildungswesen, das Sanitätswesen, die Polizei und die Feuerwehr ließen die StV.-Versammlung die Einführung einer Veloziped-Steuer beschließen. Da die Kontrolle mit Schwierigkeiten verknüpft ist, wird sie in der Hauptsache jedoch nur von solchen Persönlichkeiten entrichtet, in denen das Bewußtsein lebt, daß die Hinterziehung der Steuer einen Makel involviere. Der Ertrag der Steuer ist verhältnismäßig gering.

Im Jahre 1901 hatte die Stadtverwaltung mit Genehmigung des Gouvernementschefs beschlossen, von den den Marktplatz während der Marktstunden benutzenden Gefährten ein Standgeld von 5 Kop. für ein einspänniges und von 10 Kop. für ein zweispänniges Gefährt zu erheben. Nach dem Budget vom Jahre 1902 konnte an Standgeldern eine Einnahme von 4000 Rbl. erwartet werden, die von der StV.-Versammlung zum Besten der Unterrichtsanstalten verwendet wurde. Da in dem letzten Quadriennium aber in den Zeitungen „Postimeses“ und „Dlewif“ unter Hinweis auf diese Standgelder von

Zeit zu Zeit die Mitteilung abgedruckt wurde, daß der Dirigierende Senat die Besteuerung von Landesprodukten und Nahrungsmitteln durch die Stadtverwaltungen verboten habe (eine solche lag in Wahrheit hier nicht vor), wurde in dem Landvolke die Ueberzeugung geweckt, daß die Erhebung der Standgelder eine gesetzwidrige Gewalttat seitens der städtischen Funktionäre sei. Die Folge davon waren sich häufende Widersezlichkeiten, welche die Tätigkeit der zur Erhebung der Standgelder angeordneten Personen und der zur Beihilfe requirierten Polizeichargen beeinträchtigten und als schließliches Resultat zur Folge hatten, daß in dem Budget für das Jahr 1906 die Einnahmen aus dieser Quelle mit nur 1700 Rbl. veranschlagt werden konnten.

Die Verringerung dieser Einnahmen und die gleichzeitige Erhöhung der Ausgaben auf anderen Gebieten hat die Stadtverwaltung gezwungen, im letzten Jahrviert die Maßnahmen zur Verbesserung des Straßenpflasters und der Trottoire einzuschränken. Mit Kubik=Pflaster sind nur die zweite Hälfte der Marienhofschen Straße, ein Teil der Ritter=Straße und, auf einen speziellen Wunsch des Leiters der Poliklinik hin, ein Teil der Johannis=Straße versehen worden.

Die im Jahre 1901 vollzogene Durchführung der Gartenstraße durch ein von der Krone erworbenes Grundstück, wie auch durch

ein zweites von einer Privatperson gekauftes, machte es der Stadtverwaltung zur Pflicht, diesen neuen Teil der Gartenstraße zu planieren, zu pflastern und entlang dem der Krone gehörigen Grundstück eine hohe Mauer aufzuführen. Mit gewöhnlichem Pflaster sind Teile der mehr an der Peripherie der Stadt befindlichen Straßen versehen worden, so der Kastanien=Allee, der Mühlen=, der Fellinschen, der Speicher=, der Allee=, der Bohnen=, der Annenhoffschen, der Alexander=, der Dampfer=, der Peteräburger und der Petri=Straße. Nur der Umstand, daß die hauptsächlichsten Verkehrsstraßen in der Stadt in dem vorherigen Quadriennium mit Kubikpflaster versehen worden waren und daher nicht mehr der in früherer Zeit ständig erforderlichen großen Reparaturen und Umpflasterungen bedurften, hat es möglich gemacht, im letzteren Quadriennium verhältnismäßig geringe Mittel zur, allerdings unzureichenden Erhaltung und Verbesserung der übrigen Straßen anzuweisen. — Durch die Eröffnung eines Kredits von 2500 Rbl. zum Ankauf des in die Revalsche Straße vorspringenden Iwanowschen Grundstücks ist der erste Schritt getan zur allmählichen Regulierung dieser Straße.

Die Steinbrücke ist im Sommer 1905 einer Reinigung und umfassenden Remonte unterzogen worden.

In den städtischen Forsten sind die

nach einem Plan des Kulturingenieuren Wöldike ausgeführten Entwässerungsarbeiten zum Abschluß gebracht und gleichzeitig die Anlage von Waldwegen zur Ausfuhr des geschlagenen Holzes beendet worden. In der Forstei Sadoküll ist ein massives Nebengebäude aufgeführt und nach Erwerbung eines Dampfkessels eine Einrichtung zum Schneiden von Schindeln behufs besserer Verwertung des Holzmaterials angelegt worden. Die Erwerbung dieser Lokomobile hat der Stadtverwaltung auch die Möglichkeit gegeben, die Beseitigung des Stauwassers im dritten Stadtteil bei der Hefefabrik mittelst einer Dampfpumpe in eigene Regie zu nehmen.

Mit dem Arrendator des Stadtgutes Sadoküll ist ein neuer Pachtvertrag abgeschlossen worden, der eine Erhöhung der Pachtsumme von 3500 Rbl. auf 4000 Rbl. im Jahr und den Uebergang sämtlicher auf dem Gute vom Pächter aufgeführten Baulichkeiten in das Eigentum der Stadt bewirkt hat. Da der Arrendator zugleich verpflichtet worden war, ein großes, massives Gebäude für die Beamten, d. h. den Aufseher, Viehpfleger und dgl., aufzuführen und ein bestimmtes Quantum von Steinen auf den Feldern zu sprengen, und im ersten neuen Pachtjahr nicht bloß diese Verpflichtungen erfüllt, sondern sogar gleich mehr Steine hat heben und sprengen lassen, als er während der ganzen Arrendezeit

zu sprengen verpflichtet war, und da schließlich eine sehr umfangreiche Scheune mit Steinpfeosten aufgeführt worden ist, hat dieses Gut der Stadt einen beträchtlichen Zuwachs an seinem Werte erfahren. — In der Hoflage Preedi ist eine Drainage der Felder und Wiesen begonnen worden, die unter der Leitung des liv-estländischen Landeskulturbureaus und nach den Plänen desselben ausgeführt wird. Im Sommer 1905 ist daselbst auch eine Darre eingerichtet worden.

Im Sommer 1904 wurde das in zwei Zimmern des mittleren Stocks des Rathauses untergebrachte Archiv des Dorpater Rats und des Vogteigerichts in das dritte Stockwerk übergeführt und dort in größeren Räumen von neuem in übersichtlicher Weise geordnet. Die dadurch frei gewordenen Räume wurden den Zwecken des Stadtamts dienstbar gemacht, das durch den immer lästiger werdenden Mangel an Räumlichkeiten in seiner Tätigkeit schwer behindert worden war. Im Herbst 1905 war es der Stadtverwaltung, die darauf hinweisen konnte, daß sie eine geordnete Archivverwaltung unter einem sachverständigen Archivaren besitze, vergönnt, die bei der Auflösung des Dorpater Rats in das Rigasche Bezirksgericht übergeführten ca. 20,000 Akten und ca. 500 Journale und Dekretbücher der einstigen städtischen Gerichte und mehrere die Verwaltung der Stadt betreffende

Akten zurückzuerlangen, wobei sie die Verpflichtung übernehmen mußte, dem Bezirksgericht jederzeit etwa erforderliche Akten wieder zur Benutzung zuzusenden. In Anlaß des 200-jährigen Gedenktages der Belagerung und Eroberung Dorpat's hat der Stadtarchivar Herr Feuereisen eine dieses Thema behandelnde Monographie verfaßt. Die Stadtverwaltung hat dem Verfasser die zur Anfertigung der Gliches für die Abbildungen und Pläne erforderliche Summe zur Verfügung gestellt.

Der im Anfange des Jahres 1904 ausgebrochene Krieg mit Japan hat die Finanzlage der Stadt bedeutend verschlechtert und während seines Verlaufs die Arbeit der städtischen Verwaltungsorgane zur Lösung außergewöhnlicher Aufgaben in Anspruch genommen. Dem als Präses des örtlichen Lokalkomitees des Roten Kreuzes fungierenden Stadthaupt lag zunächst die Leitung der zum Besten dieser Gesellschaft veranstalteten Sammlungen in der Stadt ob, als deren Resultat im Herbst 1904 493 Rbl. 61 Kop. an die Hauptverwaltung in St. Petersburg und 5369 Rbl. 55 Kop. an die Rigasche Lokverwaltung zum Unterhalt der livl. Sanitätskolonne abgeführt werden konnten. Zum Schluß des Krieges ist auch das gesamte, 4300 Rbl. betragende Reservekapital des Lokalkomitees der Hauptverwaltung zugesandt

worden. Um Johannis 1904 erfolgte die Aushebung der Reservisten aus dem Kreise und der Stadt, sowie die Requisition einer größeren Zahl von Pferden. Die der Stadtverwaltung obliegende Beschaffung der Quartiere für die in der Anzahl von einigen Tausenden in der Stadt erscheinenden Reservisten vollzog sich glatt und zur Zufriedenheit der Militärbrigade. Der ersten Aushebung folgte im Juli eine zweite in geringerem Umfange. An diese Aushebungen schloß sich dann für die Stadtverwaltung die Pflicht, den ca. 225 Familien der zum Kriegsdienst einberufenen Reservisten aus den städtischen Mitteln monatliche Unterstützungen in gesetzlich normierten Beträgen ausbezahlen. Bis zum Februar 1906 sind zu diesem Behufe dem Reservekapital der Stadt 23708 Rbl. entliehen worden, die allmählich refundiert werden müssen. Auch die auf Vorstellung des Stadthauptes von der Krone als unverzinsliches Darlehn zu dem gleichen Zweck gewährten 13000 Rbl. werden in den nächsten Jahren in noch näher zu vereinbarenden Raten der Krone zurückgezahlt werden müssen und das städtische Budget belasten. Unter den Reservistenfamilien befanden sich aber nicht wenige, die durch die Einberufung der Ernährer in eine so bedrängte Lage geraten waren, daß die Stadtverwaltung sich veranlaßt sah, einer Kommission von 25 Herren die besondere

Fürsorge für dieselben zu übertragen und zum Besten der wirklich Notleidenden eine Kollekte zu eröffnen. Die Spenden zu diesem Zweck haben die Höhe von 2257 Rbl. erreicht, von denen 1611 Rbl. bisher an besonders Bedürftige durch das Stadtamt verteilt worden sind. Um insbesondere den Kranken unter diesen Notleidenden ihre Beihilfe zu teil werden zu lassen, erhöhte die Stadtverwaltung auch den Kredit, den sie zur Bezahlung von Arzneimitteln für arme Kranke im städtischen Budget eröffnet hält. Zur Behandlung kranker und verwundeter Soldaten im Stadthospital bestimmte die Stadtverwaltung für das Jahr 1905 einen Kredit von 2000 Rbl., der aber wegen der für den Transport kranker Krieger aus dem Fernen Osten zu ungünstigen Lage der Stadt ebenso wenig in Anspruch genommen worden ist, wie die vom Stadthaupt zum Zwecke der Behandlung der kranken und verwundeten Krieger in den Kliniken gesammelten 1047 Rbl. Die Darbringer dieser Spenden haben ihre Gaben daher in der Veztzeit teils dem Unterstützungsfond für die Reservistenfamilien zugewendet, teils ihnen eine andere gemeinnützige Verwendung gegeben.

Im Jahre 1902 hat die Stadtverwaltung einer besonderen Kommission die Aufgabe erteilt, ein Gutachten darüber zu erstatten, wie den schädlichen Wirkungen der alljährlich im Frühjahr stattfindenden Ueber-

schwemmungen der niedriger gelegenen Teile der Stadt entgegenzuwirken sei. Die unter der Leitung des Prof. emer. Körber stehende Kommission setzt ihre einen längeren Zeitraum beanspruchenden Erhebungen und Beobachtungen gegenwärtig noch fort

Im Januar 1905 begannen auch hier, als Vorboten der im Herbst offen zutage tretenden revolutionären Bewegung, Streiks der Arbeiter in den Fabriken und Werkstätten und lärmende Umzüge des Pöbels durch die Straßen, die von der Zertrümmerung zahlreicher Straßenlaternen begleitet waren. Die Folge dieser Erscheinungen war das Eintreffen einer Sotnja Kosaken, deren Einquartierung der Stadtkasse zur Last fiel. Durch diese vorübergehende Verstärkung der Machtmittel zur Unterdrückung der Unruhen trat zwar eine äußere Ruhe ein; die einmal erweckte Begehrlichkeit und Erregung der arbeitenden Klassen machte sich jedoch in einer Reihe von Forderungen und Eingaben an die Stadtverwaltung geltend, deren Prüfung das Frühjahr hindurch die Tätigkeit der Stadtverordneten in Anspruch nahm. Die mit unverhüllten politischen Zielen im Oktober des verflossenen Jahres ausbrechende Revolution, die als Vorsichtsmaßregel die vorübergehende Einquartierung einer militärischen Truppe im Rathause zum Schutze des städtischen Vermögens und der Kapitalien des Waisengerichts veranlaßte,

rief gleichfalls für die Stadt mannigfache unerwartete größere Ausgaben hervor.

Zu Ende des November-Monats war die Lage der Stadt angesichts der drohenden Haltung eines Teils der städtischen Bevölkerung und eines in Aussicht zu nehmenden Einfalls bewaffneter Banden aus dem südlichen Livland, sowie des anhaltenden Streiks der Eisenbahner eine derart gefährdete, daß das Stadtamt sich veranlaßt fühlte, auf Kosten der Stadt in den Kanzleien des hier stationierten Regiments, des Kreismilitärchefs und in den Wohnungen einiger anderer Amtspersonen Telephonapparate aufstellen zu lassen, und die Stadtverordneten-Versammlung sich genötigt sah, die Einwohner der Stadt aufzufordern, aus ihrer Mitte eine unbewaffnete Stadtmiliz zu bilden. Dem Aufruf leisteten ca. 1500 von Gemein Sinn erfüllte Männer sogleich Folge. In denjenigen der 9 Wachtlokale der Bürgerwehr, die noch keine Telephonapparate besaßen, wurden solche aufgestellt und die in der Peripherie der Stadt wohnhaften Hausbesitzer veranlaßt, Nachtwächter anzustellen, zu deren Besoldung ein Zuschuß aus den städtischen Mitteln bewilligt wurde.

Die schädlichen Wirkungen des Streiks der Postbeamten war das Stadtamt bemüht, dadurch abzuschwächen, daß es in seinen Räumen eine temporäre Anstalt zur Abfertigung der

gewöhnlichen Korrespondenz, deren Sortieren und Austragung viele freundliche Helfer besorgten, einrichtete und auch die Ausgabe der versicherten Briefe zeitweilig in seiner Kanzlei ausführen ließ.

Das erneute Eintreffen einer Kosaken-Sjotnja und die im Interesse der Sicherheit auf den Straßen durchgeführte volle Beleuchtung bis in die späten Morgenstunden hat eine erneute schwere Belastung des Stadtfäkels zur Folge gehabt.

In die Herbstmonate fiel auch die Zusammenstellung der Wählerlisten für die bevorstehenden StB.-Wahlen und für die Wahlen in die Reichsduma. Durch die Gesetze vom 17. Oktober und vom 11. Dezember 1905 ward der Kreis der Wahlberechtigten für die Reichsduma aber derart erweitert, daß zu Anfang des Jahres 1906 der Stadtverwaltung die Aufgabe zufiel, neue ergänzende Listen für diese Wahlen auszuarbeiten.

Im November 1905 beschloß die StB.-Versammlung, bei der Regierung das Gesuch einzureichen, den Stadtverordneten den Gebrauch der deutschen und estnischen Sprache neben der obligatorischen Reichsprache, deren alleinige Geltung für die Geschäftsführung dadurch nicht tangiert werden sollte, zu gestatten.

Zur Deckung der Ausgaben betreffend die Maßnahmen gegen die Unsicherheit in der

Stadt und zur möglichsten Beseitigung der durch Arbeitsmangel hervorgerufenen materiellen Not in dem arbeitenden Teil der Bevölkerung wurde schließlich die Entnahme von 10 000 R. aus dem Reservekapital beschlossen und ein besonderes Notstands-Komitee geschaffen.

Im Laufe des Quadrienniums sind eine Reihe von Ortsstatuten erlassen worden, so über den Handel mit Wild und mit Fischen, über die Einrichtung von Trakturanstalten ohne Verkauf von Getränken, über das Fuhrwesen, über das Verbot des Anklebens von Affichen und Bekanntmachungen an Häuser und Zäune und andere mehr. — Die Aufstellung von Sitzsäulen und der Erlaß des letzterwähnten Verbots hatte zunächst den Zweck, dem unschönen Affichieren von Bekanntmachungen an Häuser und Zäune ein Ende zu machen; sie hat sich aber auch insofern als eine praktische Maßnahme erwiesen, als die Zahlungen für die Benutzung der Säulen recht beträchtliche sind. Im Jahr 1905 sind für die Benutzung einer jeden Säule 35 Rbl. der Stadtkasse zugeflossen. — Den öffentlichen Gärten ist im verflossenen Jahrviert eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt worden. Die Anlagen beim Barklayplatz wurden wesentlich umgestaltet; sie und die übrigen Gärten haben dank der aufopfernden Pflege des Herrn St. B. A. S. stets einen erfreulichen Anblick gewährt.

Das vielfach unparlamentarische, die Ver-

handlungen störende und in die Länge ziehende Verhalten eines Stadtverordneten veranlaßte die StB.-Versammlung schon bald, eine neue Geschäftsordnung für ihre Sitzungen auszuarbeiten, ohne jedoch diesem Uebelstande abhelfen zu können, der vielen Stadtverordneten die Ausübung ihrer Pflicht zu einer schweren Bürde machte.

Als eine im Leben der StB.-Versammlung völlig neue Erscheinung sind auch die Separatvota, Proteste und Klagen bei dem Gouverneuren über die Beschlüsse der StB.-Versammlungen zu verzeichnen, welche von einigen Stadtverordneten ausgingen und zwar einen großen Aufwand von Zeit und vergeudeter Mühe seitens der mit der Widerlegung und Zurechtstellung unrichtiger Darstellungen betrauten Instanz zur Folge hatten, denen es trotz ihrer großen Anzahl aber im Laufe der 4 Jahre nur in einem Fall (der Entfernung des Stadtverordneten K. aus der Immobilien-Commissionskommission) beschieden war, eine Korrektur des Beschlusses der StB.-Versammlung herbeizuführen.

Da es im Plane der Stadtverwaltung liegt, sobald erst die beiden großen Unternehmungen der Stadt, das Gaswerk und der Schlachthof, einen jährlichen Zuschuß zur Stadtkasse liefern können, die Anlage eines Wasserwerks, als der unerläßlichen Vorbe-

dingung für die Versorgung der Bewohner der Stadt mit gutem Trinkwasser, die Durchführung einer regelrechten Kanalisation, einer zufriedenstellenden Straßenreinigung, der Anlage einer Markthalle und andere sanitäre Maßnahmen — in Angriff zu nehmen, hatte sie im Budget für das Jahr 1905 einen Kredit zu vorbereitenden Arbeiten für die eventuelle Anlage einer Wasserleitung eröffnet. Die durch den Krieg und die Unruhen verursachten unerwarteten Ausgaben haben aber diesen Kredit verschlungen und durch die beträchtliche Verminderung des städtischen Vermögens die Realisierung des Planes für die nächste Zeit in Frage gestellt.

Um dem anstößigen Baden im Fluß innerhalb der Stadtgrenze seitens zahlreicher Personen beiderlei Geschlechtes möglichst zu steuern, ist eine öffentliche Badeanstalt mit gesonderten Abteilungen für Männer und Frauen im Embach zwischen den Brücken erbaut worden. Diese Maßnahme hat ihren Zweck nicht voll erfüllt, doch ist die lebhafteste Benutzung derselben insbesondere durch Frauen und Mädchen als erfreuliche Tatsache zu konstatieren.

Die Zahl der Kommissions-Sitzungen war im letzten Quadriennium eine ungewöhnliche große.